

# Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie  
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung u. Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brabeckstr. 2-3. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 u. 5647.

Nummer 7

Berlin, den 14. Februar 1931

6. Jahrgang

## Arbeitszeitverkürzung behebt Erwerbslosigkeit.

Die Gewerkschaften verlangten schon vor Monaten die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche als Notmaßnahme. Auf Veranlassung der Regierung fanden auch Verhandlungen zwischen den Tarifparteien wegen Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit statt. Herausgekommen ist dabei soviel wie nichts. Die Arbeitgebervertreter häuften bei den gepflogenen Beratungen so hohe Bedenkenberge auf, daß die steigenden Arbeitslosenzahlen nicht mehr zu sehen waren. Die Bedenken der Arbeitgeber trugen also den Sieg davon und damit scheint das Interesse vieler Arbeitgeber an der Unterbringung von Arbeitslosen erloschen zu sein. Die öffentliche Diskussion über dieses Problem ist auch so gut wie eingeschlagen, so daß die Gewerkschaften alle Ursache haben, nun erst recht auf ihren Forderungen stehen zu bleiben und sie mit verstärkter Kraft zu stellen. Das können sie mit gutem Gewissen, weil die Erfahrungen in den Harburger Delwerken Brindmann & Mergell von einigen Monaten vorliegen, und weil kürzlich auch für die deutsche Zigarettenindustrie Abmachungen zwischen den Tarifparteien getroffen wurden, in denen nun die 42 1/2 Arbeitsstunden mit 4 1/2 Stunden Überstunden festgelegt ist. Also für zwei stark technisierte Industriezweige war die Verkürzung der Arbeitszeit, bei der Zigarettenindustrie sogar mit einigermaßen Lohnausgleich, möglich und bei beiden Industriezweigen konnten mehr Arbeiter und Arbeiterinnen eingestellt bzw. weiter beschäftigt werden. In den Harburger Delwerken konnten 350 Neueinstellungen vorgenommen und bei der Zigarettenindustrie Entlassungen aufgehoben werden. Die getroffenen Maßnahmen trugen also zu einer Minderung der Erwerbslosenziffer bei.

Die Harburger Delwerke haben ihre Erfahrungen schriftlich der Öffentlichkeit übergeben in der Broschüre „Die Arbeitszeitverkürzung als Mittel zur Behebung der Erwerbslosigkeit“. Gedanken und Erfahrungen der Harburger Delwerke Brindmann & Mergell, Harburg-Wilhelmsburg 1. Darin ist außerordentlich interessant, was über die Erfahrungen gesagt ist. Es heißt dort:

„Von Unternehmern, vor allen Dingen von Unternehmerverbänden, die in merkwürdiger Bundeseignenossenschaft mit den Kommunisten die Verkürzung der Arbeitszeit bekämpften, waren uns die schlimmsten Befürchtungen an die Wand gemalt worden. Nichts von alledem, was sich als Material gegen die Zweckmäßigkeit und die Möglichkeit der Arbeitszeitverkürzung vorgebracht worden ist, hat sich als nichtig erwiesen. Die Gestehungskosten sind nicht gestiegen. In mehreren Wochen war die Lohnsumme sogar niedriger als vorher. Die Beiträge für Kranken- und Erwerbslosenversicherung sind nur um ein geringes gestiegen, da infolge der Verdienstlücke für die vor dem 20. Oktober bei uns beschäftigten tausend Arbeiter die Beiträge sich ermäßigt hatten. Eine stärkere Melastung ist für die Invalidenversicherung eingetreten, da auch nach der Verdienstlücke unsere alten Arbeiter in der höchsten Klasse verblieben sind, so daß für die Neueingestellten zusätzliche Beiträge bezahlt werden müssen. Insgesamt betragen aber die Mehraufwendungen für alle sozialen Lasten für den Betrieb nicht 1 Proz der Lohnsumme. . . . Durch den häufigeren Schichtwechsel ist keine Verringerung der Arbeitsleistung eingetreten. . . . Wir teilen auf Grund unserer Erfahrungen die Befürchtungen des Antritts für Konjunkturforschung nicht, daß eine solche Arbeitszeitverkürzung von so großen Schwierigkeiten begleitet sein würde, daß sich eine Mehrbeschäftigung in dem berechneten Umfang niemals würde durchführen lassen. Die Rückwirkungen auf Einkommen und Verbrauch beurteilen wir sogar aus den bereits dargelegten Erwägungen heraus als günstig für die Wirtschaft.“

Wichtig an den Erfahrungen ist, daß die Unternehmerverbände den Bestrebungen auf Verkürzung der Arbeitszeit den größten Widerstand entgegenzusetzen und daß dies geschieht, trotzdem die Unternehmen keinen Schaden davon haben. Den Unternehmerverbänden kommt es anscheinend mehr auf ihr verkehrtes Prinzip der Arbeitszeitverlängerung als auf die Minderung der Arbeitslosigkeit an.

Die Arbeitgeber der Zigarettenindustrie lassen nun auch eine andere Einstellung erkennen. Sie gewährten für rund 28 000 Beschäftigte die 42 1/2-Stundenwoche und zahlen dafür den Lohn für 45 Stunden und soweit Akkordarbeit in Frage kommt, werden die Akkordhöhe entsprechend erhöht. Die Vereinbarung wurde getroffen um Entlassungen zu verhüten. Auch diese Abmachungen zeigen wie verfahren werden muß, wenn die Arbeitslosigkeit wenigstens etwas eingedämmt werden soll. Sie lassen aber auch erkennen, daß die Forderungen der Gewerkschaften durchführbar sind. Und wir sind überzeugt, auch in der Zigarettenindustrie werden trotz teilweisem Lohnausgleich die Erfahrungen nicht ungünstiger sein als bei den Delwerken in Harburg. Nun wäre es Zeit, daß auch andere Industriezweige zu ähnlichen Vereinbarungen kämen. Die steigende Arbeitslosigkeit bedingt das und ferner besteht eine wirtschaftliche Notwendigkeit dafür. Alle sonstigen Vorschläge von Unternehmern in der Frage der Arbeitszeitverkürzung lösten keine Erfolge aus, deshalb sollte nicht mehr lange diskutiert und gezögert werden; denn es ist höchste Zeit zum Handeln für die Arbeitslosen, für die Wirtschaft und für den Staat. Aber in dieser Frage geht es auch wieder wie sonst:

Das Unternehmertum beugt sich nicht der Einsicht und der Vernunft, sondern nur dem harten Zwang und einer noch stärkeren Macht. Sollte die nicht mehr vorhanden sein?

Wir möchten wahrlich nicht die Reichsregierung Brüning mit Diktaturgewalt austüften, aber ist es doch so, daß sie bei ihren Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft wahrlich nicht über Zwangsmaßnahmen gestolpert ist, sollte es da kein Mittel geben, auch die Unternehmer in einer so entscheidenden Frage zu vernünftigem Handeln zu zwingen, ohne daß Tarifrechte verletzt werden? Wenn es gegen die Arbeiter geht, ist die Reichsregierung doch auch nicht so garstig, so rücksichtslos und so bedächtig. Warum noch länger zögern?

Die Verhältnisse drängen zur Durchführung der gewerkschaftlichen Forderung als Notmaßnahme, da darf doch kein Sperren der Unternehmerverbände das Hindernis sein. Es gilt Hunderttausenden von darbenenden Menschen seelisch und materiell zu helfen, es gilt ungeheure Not und großes Elend einzudämmen, ohne daß besondere Opfer von den Unternehmern dargebracht werden müssen. Desshalb müssen sich die verantwortlichen Stellen doch bewußt sein.

Es hat den Anschein, als fehlte der Wille nicht nur bei den Arbeitgebern. Ihre bisherige Haltung und ihr bisheriges Handeln ließ mit seltenen Ausnahmen erkennen, daß sie sich allen Vernunftgründen verschließen, daß sie nur den scharfmacherischen Parolen auf Lohnabbau und Unterdrückung der Arbeiterschaft

folgen und alle sonstigen Milderungsvorschläge mißachten. Die Wirtschaftskrise verhalf dem Unternehmertum und seinen reaktionären Hilfsstruppen aller Art zu größerer Macht, die sie nun auch voll ausnützen wollen. Dieser Machtbündel trübt ihm den Blick für alle anderen Notwendigkeiten. Das ist der Grund, weshalb sie keinerlei Arbeitszeitvereinbarung mit der organisierten Arbeiterschaft treffen. Sie fühlen sich stark genug, bald wieder diktieren zu können, deshalb wird jede Verständigung hintertrieben, jede Milderung der Erwerbslosennot hintangehalten. Je drückender die Zustände, desto williger wird die Arbeiterschaft sich unseren Maßnahmen fügen, sagt sich das Unternehmertum und handelt danach. Wenn man gegenwärtig Umschau hält, kann man bemerken, wie so manches Mal gerade das Gegenteil von Vinderung der Wirtschaftskrise und Beseitigung des Erwerbslosenlebens herbeigeführt wird. Darin ist gegenwärtig ein erheblicher Teil deutscher Arbeitgeber groß, darin feiert er Orgien. Das ist ein Wesenszug der deutschen Wirtschaftsverantwortlichen, in dieser Pose gefallen sie sich. Das sollte vor allem die deutsche Regierung mehr beachten und sich mit ihren Handlungen auch etwas darnach richten, sonst bleiben ihre Wünsche in der Milderung der Erwerbslosennot völlig unberücksichtigt.

Die Gewerkschaften verlangen, daß in der Frage der Arbeitszeitverkürzung aus staatspolitischen und wirtschaftlichen Gründen endlich gehandelt wird.

## Krupps Heil: Niedrige Löhne.

In der Generalversammlung der Friedrich Krupp AG. kam der Hauptaktionär Dr. Krupp von Bohlen-Halbach auf die gegenwärtige Wirtschaftslage zu sprechen. Wie nicht anders zu erwarten war, machte er die staatliche Lohn-, Sozial- und Steuerpolitik für die mißliche Lage der Industrie verantwortlich. Dadurch seien die Selbstkosten auf einer ziemlich hohen Höhe zur Erstarrung gebracht. Die Eisenindustrie und der Kohlenbergbau werden aus dem internationalen wie nationalen Geschäft immer mehr verdrängt. Aus der gegenwärtigen Wirtschaftslage schälen sich nach Krupp zwei Kernprobleme: die Selbstkostenfrage und die Arbeitslosigkeit heraus. Die Arbeitslosigkeit ist nicht ohne Opfer derjenigen, die heute in Lohn und Brot sind, zu überwinden. Es muß der Versuch gemacht werden, mit dem bisherigen Aufwand für Löhne und Gehälter mehr Leute zu beschäftigen und billiger zu produzieren. Die Kürzung des gegenwärtigen Nominallohns wird dem Arbeiter aber nur zugemutet werden können, wenn er die Gewähr einer gewissen Mindestbeschäftigung erhält, die ihn vor größerer Kurzarbeit und Feiertagslohn schützt. Das Ergebnis ist eine Mehrbeschäftigung von Arbeitern. Dem Unternehmer fielen bei diesem Versuch die Aufgabe zu, für vermehrte Arbeitsmöglichkeit zu sorgen. „Wenn es gelänge, Arbeit und Kapital zu einer solchen opferbereiten Gemeinschaftsarbeit zusammenzuführen, so wäre vieles gewonnen. Aus dieser Schicksalsgemeinschaft heraus könnten auch die natürlichen Abwehrkräfte erwachen gegen die öffentliche Finanzgebarung, die das privatwirtschaftliche Kapital aufseht und den Arbeitnehmer seiner Arbeitsmöglichkeit beraubt.“

Die meisten Unternehmer, die öffentlich reden, verlangen von der Arbeiterschaft Opfer. Sie selbst bringen keine. Die Argumente, die die Unternehmer vorbringen, werden dabei nicht überzeugender und wahrer, auch bei Krupp von Bohlen-Halbach nicht.

Wenn seine Argumente und die anderer Unternehmer richtig wären, dürfte es weder in der Tschechoslowakei, noch in Italien, noch weniger in Polen gegenwärtig Arbeitslose geben, denn in den genannten Staaten ist ja der Lohn niedriger als bei uns, und trotzdem gibt es Arbeitslose. In den genannten Ländern wird nun nach den Argumenten Krupps billiger produziert und doch fehlen auch dort die Aufträge. Das ist bekannt, aber trotz dieser Tatsachen kommen die Unternehmer immer wieder mit ihren Redensarten, weil sie nicht sehen wollen, was in der Welt vorgeht, und weil sie nicht öffentlich zugestehen wollen, was wirklich der Wirtschaft nottut.

Wenn Krupp der Auffassung ist, den Unternehmern fielen auch eine Aufgabe zu, und zwar die, für vermehrte Arbeitsmöglichkeit zu sorgen, so scheint er von der wirtschaftlichen Rolle der Unternehmer wenig zu verstehen, denn wenn die Unternehmer von sich aus für Arbeitsmöglichkeit sorgen könnten, und sie wissen das nicht gegenwärtig in der Krise, dann machten sie sich der größten Pflichtverletzung schuldig. Wenn schon die Unternehmer solche Aufgaben erlegen können, warum schafft denn Krupp nicht schon jetzt vermehrte Arbeitsmöglichkeit?

Anscheinend ist es dem Industriellen Krupp von Bohlen-Halbach mehr um die einseitigen Opfer der Arbeiter zu tun, wenn er von Gemeinschaft redet. Warum geben denn die deutschen Unternehmer nicht mit dem Opfern voran? Sie haben doch genug Möglichkeiten. Kein Mensch legt ihnen dabei etwas in den Weg. Aber sie tun es nicht, weil sie bei solchen Gelegenheiten die Arbeiterschaft lieber vorn sehen.

Die Arbeiterschaft hat vom Opfern die Nase voll und es füllt immer wieder Begründungen zu hören, die beim Arbeiter nur unwahrer werden. Arme deutsche Wirtschaft, das sind nun deine Führer!

## Reformvorschläge zur Berechnung der Lebenshaltungskosten.

Der amtliche Index der Lebenshaltungskosten ist eine wichtige Maßzahl, die die Veränderungen der Kosten der Lebenshaltung im Vergleich mit der Vorkriegszeit (1913/14) anzuzeigen hat. Der Index hat diese Aufgabe in der zurückliegenden Zeit nie ganz erfüllen können, und zwar deshalb nicht, weil sich seine Berechnungsgrundlage auf die heute nicht mehr zureichenden Ergebnisse des Haushaltsverbrauchs vom Jahre 1907 stützt und die Veränderungen der Verbrauchsgewohnheiten, die bis zu Beginn des Krieges eingetreten waren und namentlich seit einem Jahrzehnt zu verzeichnen sind, unberücksichtigt läßt. Aber nicht nur dieser Umstand allein stellt, wie wir sehen, die Brauchbarkeit des Lebenshaltungsindex in Frage. Aus diesen Gründen hat er sehr oft im Mittelpunkt der öffentlichen Kritik gestanden. Besonders die Gewerkschaften, die an einer Indexzahl, die die Kosten der Lebenshaltung wirklichkeitsgetreu wiedergibt, lebhaft interessiert sind, haben in der Vergangenheit verschiedentlich eine Reform der Indexberechnung verlangt. Das Statistische Reichsamt hat nunmehr die Absicht, die neue Berechnungsgrundlage für den Index der Lebenshaltungskosten zu schaffen. Die Indexkommission soll bereits Mitte Februar zusammentreten, um zu den Vorschlägen des Statistischen Reichsamtes Stellung zu nehmen. Es ist deshalb zweckmäßig, die Methoden der Indexberechnung darzustellen, sie kritisch zu würdigen und Vorschläge für den Ausbau und die Umgestaltung der Berechnungsgrundlage zu machen.

Der Index der Lebenshaltungskosten wird auf Grund von Erhebungen in 72 Gemeinden berechnet. Die Gemeinden sind Städte der verschiedensten Größenklassen, zum Teil mit vorwiegend industriellem und zum Teil mit landwirtschaftlichem Charakter. Außerdem finden zu Kontrollzwecken monatliche Preisfeststellungen in 220 anderen Gemeinden statt. Die Erhebung erstreckt sich auf den vierwöchigen Bedarf einer mitterbemittelten Familie, bestehend aus zwei Erwachsenen und drei Kindern im Alter von 14, 7 und 1 1/2 Jahren.

Der „normale“ Bedarf einer solchen Familie wird nach Lebensmittelmengen und Kosten festgelegt und in dieses konstruierte Schema werden dann an jedem Erhebungsstermin die Preise für die einzelnen Bedarfsmengen eingesetzt. Die Summe der Preise, die identisch ist mit den durchschnittlichen Kosten der Lebenshaltung der „Indexfamilie“ wird dann mit dem für die Vorkriegszeit festgestellten Ausgabenbetrag in Beziehung gesetzt.

An sich ist diese Methode durchaus geeignet, um einwandfreie Verhältniszahlen zu gewinnen, vorausgesetzt, daß das Verbrauchsschema den wirklichen Haushaltsbedarf umfaßt und prozentuale Anteile der einzelnen Bedarfsgruppen am Gesamtbedarf angemessen werden, die der tatsächlichen Größenordnung der Haushaltsausgaben entsprechen. Weides trifft jedoch für die Berechnungsgrundlage der Reichsindexzahl für die Lebenshaltungskosten nicht zu.

Nach der letzten amtlichen Erhebung von Wirtschaftszählungen von 1927/28 verbraucht die Arbeiterausbildung in vier Wochen nicht 45 Kilo Brot und Backwaren, sondern nur 29 Kilo, nicht 85 Kilo Fleisch und Fleischwaren, sondern 113 Kilo, nicht 28 Eier, sondern 36, nicht 15 Kilo Gemüse, sondern nur 10 Kilo, nicht 11 Kilo Nahrungsmittel, sondern 6 Kilo und nicht 50 Kilo Kartoffeln, sondern nur 39 Kilo. Die Unterschiede sind also zum Teil recht erheblich. Obst und Süßfrüchte, die in den letzten Jahren auch für die Arbeiterhaushaltungen zu wichtigen Nahrungsmitteln geworden sind, fehlen in der Aufstellung des Ernährungsbedarfs vollständig.

Bei den Ausgaben für Wohnungsmiete einschließlich der vom Mieter regelmäßig zu zahlenden Nebengebühren werden die Kosten einer Zweizimmer-Wohnung mit Küche zugrunde gelegt. Daß viele Arbeitnehmer mit ihrer Familie gezwungen sind, in erheblich teureren Neubauwohnungen zu wohnen oder Altwohnraum zu hohen Sätzen abzumieten, wird jedoch nicht berücksichtigt. Auch für die Einrichtung und Instandhaltung der Wohnung sind keine Ausgaben vorgesehen. Die Arbeiterhaushaltung benötigt aber für









metern. Eine gedeckte Halle von 2000 Quadratmetern dient zur Herstellung von jährlich fünf Millionen Kilogramm Zement. Der zur Verarbeitung gelangende Ton stammt aus den Lagern, die der N.-O. in der Nähe von Kachourowo gehören, und der ebenfalls auf dem Luftwege mittels Schwebelahn an Ort und Stelle transportiert wird.

Die Maschinenabteilung als vierte technisch selbständige Sektion umfasst insgesamt 700 Quadratmeter bebauter Gelände; ihr fällt die Aufgabe des Baues und der Reparaturen der in allen Abteilungen der Produktion beschäftigten und benötigten Maschinen zu. Die motorische Kraft der Fabrik umfasst rund 600 PS durch eine „Lang-Maschine, 150 PS“ durch eine Dampfmaschine „Scharer Groß“ und 80 PS durch einen Kohlenmotor. Eine eigene Schwebelahn verbindet die Fabrik mit den rund 12 Kilometer in der Gegend der Ortschaft Kachourowo entfernenden und ein Bodenauszmaß von 270 Hektar einnehmenden Samolow-Lagern, die dem Unternehmen gehören.

Außenhandel mit Zement 1925-30. Während Deutschland den reinen Baustoff, nämlich Zement und Kalkstein, zu einem großen Teil aus dem Ausland beziehen muß, ist es bei einem anderen Baustoff, nämlich Zement, in starkem Maße Exporteur. Wertmäßig schwankte die deutsche Zementausfuhr in den letzten Jahren zwischen 27 und 39 Mill. Reichsmark. Die Zementausfuhr aus dem Ausland blieb dahinter weit zurück. Sie erreichte ihren höchsten Stand im Jahre 1929 mit 6,5 Mill. RM. Im einzelnen betragen:

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
1925	72,6	782,4	2,09	27,23
1926	59,7	968,3	1,72	32,83
1927	68,6	1176,7	2,78	39,04
1928	144,2	1061,2	6,38	35,52
1929	154,6	1070,3	916,7	35,23
1930	122,8	952,0	5,33	31,18

# Wasser- und Abwasseranlagen

## Eisenberg Th., Generalversammlung.

Der 23. Januar war für die Fabrikarbeiter Eisenbergs ein Großkampftag. Schon beim Betreten des kleinen Volkshauses konnte man es bemerken. Mitglieder, die sonst nie in einer Versammlung zu sehen sind, waren anwesend. Die Anhänger der R.G.D. hatten alles auf die Weine gebracht, um einen Schlag gegen die Verwaltung und das ihnen so unbeliebte Vertretersystem zu führen.

Die Diskussion mehr denn je, nicht die Führer, die Masse der Gewerkschaften bedeutet die Kraft im wirtschaftlichen Kampf. Die Arbeiterklasse muß lernen, klar zu denken über wirtschaftliche Fragen, lernen, die wirtschaftliche Macht von der politischen Macht zu trennen. Die Verteilung vom Joch des Kapitals bringt nicht die blutige Macht, sondern der zähe Wille zu gewerkschaftlicher Aufklärungs- und Aufbauarbeit.

## Literarisches.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Schriftleiter Lothar Erdmann. Heft 17, 1931. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mbH. Berlin S 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3,60 RM, für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 RM.

„Gesundheit“, Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. Auch die Februar-Nummer dieser an den Kassenschatzern kostenlos verteilten Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes bietet wieder genug des Interessanten und Lesenswerten.

Der Geschäftsführer, Kollege Weitzer, gab den Jahresbericht und die Jahresabrechnung. Für die Kassengeschäfte und den Jahresbericht wurde ihm Entlastung erteilt. Zum Geschäftsbericht wünschte ein Kollege intensiver gewerkschaftliche Bildung der Mitglieder und der Funktionäre. Der Kartellbericht wurde ohne Diskussion entgegengenommen. Der Kollege Weitzer verlas sodann ein Schreiben des Hauptvorstandes betr. der Angelegenheit Schlegelmilch. Der Kollege Schlegelmilch gehört der Opposition an und hatte in einer Versammlung den Gauleiter Erdmann, Gimenez, sowie die Führer des R.G.D. als Streikführer bezeichnet. Es wurde deshalb Ausschluß beantragt.

Die Abstimmung ergab, daß die Versammlung mit dem Vertretersystem einverstanden ist, und es bleibt in Zukunft dabei. Die Diskussion wurde von drei Wortführern der Opposition geführt: Es war erstaunlich, wie von ihnen Verleumdungstheorie, religiöser Sozialismus, die Gefährdung der Führer, Vorkriegsstreiks wild durcheinander geworfen wurden. Es wurde sogar behauptet, nur der Bürgerkrieg könne die Wirtschaftskrise beheben. Durch diese Diskussion wurde jedem Denken klar, wie leicht das Wissen der R.G.D.-Anhänger ist, wie bei ihnen alles darauf eingestellt ist, durch Phrasen die Arbeiter irrezumachen. Im Schlußwort gab Kollege Schneider allen die verdiente Auf- fuhr.

Die Diskussion wurde von drei Wortführern der Opposition geführt: Es war erstaunlich, wie von ihnen Verleumdungstheorie, religiöser Sozialismus, die Gefährdung der Führer, Vorkriegsstreiks wild durcheinander geworfen wurden. Es wurde sogar behauptet, nur der Bürgerkrieg könne die Wirtschaftskrise beheben. Durch diese Diskussion wurde jedem Denken klar, wie leicht das Wissen der R.G.D.-Anhänger ist, wie bei ihnen alles darauf eingestellt ist, durch Phrasen die Arbeiter irrezumachen. Im Schlußwort gab Kollege Schneider allen die verdiente Auf- fuhr.

Am 25. Januar fand im Gewerkschaftshaus unsere Delegiertenversammlung statt. Aus dem Geschäftsbericht, welcher jedem Delegierten schriftlich vorlag, war zu ersehen, daß die schwere Wirtschaftskrise auch an unserer Zählstelle nicht spurlos vorübergegangen ist. Die Einnahmen sowie der Mitgliederbestand sind etwas zurückgegangen, was auf die Stilllegung der Betriebe in den verschiedenen Industriezweigen zurückzuführen ist. Die Gruppe Papier, sowie Steine und Erde liegt vollkommen still, in der Chemie- und Nahrungs- mittelbranche wird zum Teil kurzgearbeitet. Durch das ge- wissenlose Treiben der R.G.D. und der Nazis wird die Arbeit der Gewerkschaft noch erschwert und die Widerstandskraft der Arbeiterklasse gegenüber dem Unternehmer geschwächt. Ein- stimmig wurde daher beschlossen, gegen das die Interessen der Arbeiterklasse schädigende Treiben dieser sogenannten Arbeiter- organisationen mehr als bisher in Wort und Schrift Stellung zu nehmen. Die Einnahme und Ausgabe der Zähl- stelle balancierte mit 86612,61 RM, die der Kassa mit 48 896,61 RM. An Unterstützungen aller Art wurden 30 718,00 RM zur Auszahlung an die Mitglieder gebracht. Beim Arbeitsgericht wurden 123 Klagen anhängig gemacht, neben anderen war der materielle Erfolg rund 5900 RM für die oetz. Partei.

## Verbandsnachrichten

Brandenburg a. d. Havel. Die Bürozeiten sind wie folgt festgesetzt: Montag bis Sonnabend von 8-12 Uhr vormittags, außerdem Dienstag und Freitag, nachmittags von 16-18 Uhr. Die Bezirksleitung.

Ausschlüsse. Ausgeschlossen wurden gemäß § 14, Ziffer 3a, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zählstelle (Wagern): Ludwig Langer, Mitgl.-Nr. 80 196; Karl Pöhlmann, Mitgl.-Nr. 1246; Hans Janda, Mitgl.-Nr. 929 124; dann gemäß § 14, Ziffer 3a in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zählstelle (Wagern) (Medlenburg): Karl Pöhlmann, Mitgl.-Nr. S II 298 617; Fritz Sievert, Mitgl.-Nr. S II 776 110, und gemäß § 14, Ziffer 3a, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5, des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zählstelle Stadthagen: Ernst Bartels, Mitgl.-Nr. 972 756; Paul Reutisch, Mitgl.-Nr. 810 489; ferner gemäß § 14, Ziffer 3a, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5, des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zählstelle (Wagern): Fritz Nubieli, Mitgl.-Nr. S II 580 417; Ernst Rüdiger, Mitgl.-Nr. S II 350 679; Gustav Mahler, Rarten-Nr. 878 261, und auf Grund des § 14, Ziffer 3a, des Verbandsstatuts das bisherige Mitglied der Zählstelle (Wagern) (Wagern): Wilhelm Schmidl, Mitgl.-Nr. 815 876.

Arbeitsmarkt. Perfekter Schablonenschneider für Spritz- und Schablonier- technik, gleichzeitig tüchtig im Schreiben, mit langjähriger Er- fahrung, sucht Stellung, gleichviel welcher Branche. Angebote an Fabrikarbeiter-Verein, Zählstelle Seidemann, Bezirk Dresden. Gut eingearbeiteter Maschinenglasmacher auf Schiller- und mit Anfänger, sucht für sofort eine passende Stelle. Angebote sind zu richten an Bezirkszählstelle der Fabrikarbeiter, Ray- hütte (Thüringen).

Wittenberg, Jahresgeneralversammlung. Am 25. Januar fand im Gewerkschaftshaus unsere Delegiertenversammlung statt. Aus dem Geschäftsbericht, welcher jedem Delegierten schriftlich vorlag, war zu ersehen, daß die schwere Wirtschaftskrise auch an unserer Zählstelle nicht spurlos vorübergegangen ist. Die Einnahmen sowie der Mitgliederbestand sind etwas zurückgegangen, was auf die Stilllegung der Betriebe in den verschiedenen Industriezweigen zurückzuführen ist. Die Gruppe Papier, sowie Steine und Erde liegt vollkommen still, in der Chemie- und Nahrungs- mittelbranche wird zum Teil kurzgearbeitet. Durch das ge- wissenlose Treiben der R.G.D. und der Nazis wird die Arbeit der Gewerkschaft noch erschwert und die Widerstandskraft der Arbeiterklasse gegenüber dem Unternehmer geschwächt. Ein- stimmig wurde daher beschlossen, gegen das die Interessen der Arbeiterklasse schädigende Treiben dieser sogenannten Arbeiter- organisationen mehr als bisher in Wort und Schrift Stellung zu nehmen. Die Einnahme und Ausgabe der Zähl- stelle balancierte mit 86612,61 RM, die der Kassa mit 48 896,61 RM. An Unterstützungen aller Art wurden 30 718,00 RM zur Auszahlung an die Mitglieder gebracht. Beim Arbeitsgericht wurden 123 Klagen anhängig gemacht, neben anderen war der materielle Erfolg rund 5900 RM für die oetz. Partei.



